



Wir wünschen Ihnen einen schönen  
und erholsamen Sommer!

www.kpoe-steiermark.at  
**Steirische  
Volksstimme**

Landtags-Infoblatt der KPÖ – Sitzungen vom 18.6. und 2.7.2013

# Aus dem steirischen Landtag

**KPÖ** informiert aus erster Hand



## Schon 10.000 Stimmen gegen den Pflegeregress

Ein erfreuliches Zeichen setzten die beiden Feldkirchner Erich Gosch und sein Sohn Manuel: Sie sammelten auf eigene Initiative schon über 1500 Unterschriften gegen den Pflegeregress – und wollen es nicht dabei belassen. Am 28. Mai überreichten sie ein dickes Paket Unterschriften an KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, die sich im Landtag für die Abschaffung dieser Regelung einsetzt.



Erich und Manuel Gosch sammelten über 1500 Unterschriften.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler bedankte sich herzlich für diesen Einsatz und versprach, mit größtmöglichem Engagement alle Steierinnen und Steirer zu unterstützen, die mit ihrer Unterschrift für eine Rücknahme dieser unsoziale Maßnahme der „Reformpartner“ eintreten.

als eine moderne Kopfsteuer für Pflegebedürftige. Wer Kinder hat, eine Abfertigung bekommt oder einfach mehr als 1286 Euro im Monat verdient, zahlt. Das ganze Land weiß, dass diese Regelung keine Zukunft hat, nur die Regierung will nicht hören. Herr Landeshauptmann, wie lange werden Sie noch zuschauen?“

Nachdem Kärnten den Regress abgeschafft hat, ist die Steiermark das letzte Bundesland, das diese altertümliche Form der Pflegefinanzierung betreibt. In den letzten Wochen wurden Fälle bekannt, bei denen nicht nur auf die Pendlerpauschale, sondern sogar auf Abfertigungen

zurückgegriffen wurde, welche Betroffene nach Pensionierung oder Kündigung erhalten haben.

**„Regierung muss sich endlich bewegen, der Pflegeregress bringt Tausende in Notlage“**

Die KPÖ kritisiert, dass von allen Bundesländern nur die Steiermark diese „Angehörigensteuer“ kassiert. Dass in der Steiermark ein besonderes Finanzierungsproblem besteht, liegt nicht zuletzt an der im Ländervergleich besonders hohen Zahl privater Pflegeheime. Deren Gewinne werden letztlich mit dem Pflegeregress subventioniert.

Klimt-Weithaler: „Es ist ein untragbar, wie die so genannte Reformpartnerschaft Menschen in den Ruin treibt. Wenn einer Familie mit drei Schulkindern so viel abgezogen wird, dass zum Leben monatlich weniger als 250 Euro bleiben, kann man nicht von einer sozial ausgewogenen Regelung sprechen, wie es der Landeshauptmann macht. Die willkürliche Abwälzung der Versäumnisse der Landesregierung

auf Menschen, die pflegebedürftige Angehörige haben, muss beendet werden. Die Steiermark darf nicht Schlusslicht in Österreich bleiben!“

Klimt-Weithaler weist auch die Behauptung der zuständigen Landesrätin Edlinger-Ploder zurück, es werde jeder Fall individuell geprüft. Tatsächlich wird der Regress in der strengst möglichen Form vollzogen. Nicht nur die Pendlerpauschale, sogar Abfertigungen werden einberechnet und führen zu extremen Steigerungen der Forderungen. Die Praxis, Unterhaltungspflichten generell unberücksichtigt zu lassen, könnte sich nach als verfassungswidrig erweisen, folgt man der Argumentation des UVS.

**„Land kassiert Regress, lässt aber Millionen liegen“**

Rund 9 Mio. Euro nimmt das Land auf diese Weise ein – nur ein Bruchteil der Pflegekosten, aber für die Betroffenen oft existenzbedrohend.

Gleichzeitig ist schon seit Monaten bekannt, dass das Land Steiermark rund 5,7 Mio. Euro aus dem Pflegefonds des Bundes liegen lässt. KPÖ und Grüne haben mehrere Anläufe unternommen, um von der zuständigen Landesrätin Edlinger-Ploder in Erfahrung zu bringen, warum die Steiermark auf diese Mittel verzichten muss und wer dafür die politische Verantwortung trägt.

LR Edlinger-Ploder bestätigt in ihrer Anfragebeantwortung die Höhe der verlorenen Bundesmittel, stellte aber in Aussicht, dass das Land durch eine Änderung des Bundesgesetzes den vollen Betrag nachträglich lukrieren kann.



Klimt-Weithaler: „Der Regress ist weder sozial ausgewogen noch fair. Er ist nichts anderes



## Graz – wo nicht gespart wird: Parteienförderung und Politgehälter

*Geht es um Leistungen für die Menschen, heißt es oft, es ist kein Geld da. Trotzdem werden Politgehälter und Parteienförderung angehoben.*

In Graz gibt es seit der Wahl weniger Gemeinderäte und Stadtregierungsmitglieder. Die Verkleinerung hat man mit Ersparnissen in Millionenhöhe begründet.

Nach der Wahl kann von einer „Spargesinnung“ der Parteien keine Rede sein. Die Politgehälter sind gestiegen und die Grazer Parteienförderung wurde um 50 Prozent (um 800.000 Euro) erhöht. Am 2. Juli beschloss der Landtag gegen die Stimmen der KPÖ die Verdoppelung der Bezüge der Grazer Klubobleute. Gleichzeitig steigen Gebühren und Tarife für die Allgemeinheit, die Anspruchsbedingungen für viele Sozialleistungen werden nicht an die Teuerung angepasst. Subventionen für Vereine und Initiativen werden gekürzt.

Die KPÖ hat im Gemeinderat gegen die Erhöhung der Parteienförderung gestimmt.



*Der Bürgermeister von Graz und seine Stellvertreterin: ÖVP, SPÖ und FPÖ genehmigten den Parteien die satte Erhöhung von 50%.*

### 2,2 Millionen

Insgesamt werden über 2,2 Millionen Euro an die Parteien ausgeschüttet. Den Menschen erzählt man, dass kein Weg an höheren Gebühren vorbeiführt. Bei sich selbst ist man aber nicht bereit zu kürzen.

Die KPÖ tritt für eine Halbierung der öffentlichen Parteienförderung ein. Eine gänzliche Streichung wäre problematisch, weil dann Banken und Konzerne noch mehr Einfluss auf die von ihnen finanzierten Parteien hätten.

## Schulleiterbestellung: Keine Verbesserung, keine Transparenz

Als „Mogelpackung“ bezeichnete KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler die als Objektivierung verkaufte Neuregelung der Bestellung von Schulleiter/innen in der Steiermark. Einer näheren Überprüfung hält diese Darstellung nicht stand: Der Einfluss des politisch besetzten Landesschulrates als auch der Landesregierung auf das Verfahren ist noch immer erdrückend – er umfasst mit 45 Prozent fast die Hälfte der zu vergebenden Punkte.

Die KPÖ hat im Gemeinderat gegen die Erhöhung der Parteienförderung gestimmt.

### Neue, grundlegend überarbeitete Broschüre zum Thema Pflege:

Die steirische KPÖ hat einen Forderungskatalog zum Thema Pflege erstellt. Wir laden Sie ein, mitzudiskutieren, sich mit unseren Verbesserungsvorschlägen zu beschäftigen. Wir senden Ihnen die Broschüre „Wie wollen wir Pflege?“ gerne kostenlos.

**Bestellungen bei:**  
Landtagsklub der KPÖ, Herrngasse 16, 8010 Graz  
E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at  
Tel. (0316) 877-5102  
Fax (0316) 877-5108

**Bestmögliche Pflege ist ein Menschenrecht**

**Wie wollen wir Pflege?**

Unser Ziel: Altern in Würde und keine Ausbeutung der Beschäftigten

Vorschläge der steirischen KPÖ zum Pflegenotstand.

**KPÖ**

## Totenbeschau: Land hat Lösung seit 10 Jahren bewusst verzögert

### LAbg. Klimt-Weithaler: „Gut funktionierendes Modell wurde ohne brauchbare Alternative entsorgt“

Das Verstorbene in der Steiermark oft tagelang keiner Totenbeschau unterzogen werden, ist ein schon lange bekannter Missstand. Die KPÖ hat im Landtag mehrfach darauf hingewiesen und sich für eine Neuregelung eingesetzt, die vor allem auf eine Attraktivierung der Aufgabe setzt. Eine Lösung wurde und wird von SPÖ und ÖVP verschleppt.

Bis 2003 waren die zuständigen Distriktsärzte beim Land angestellt und sollten danach durch Gemeindeärzte ersetzt werden. Dafür wurde am 25.3.2003 vom Landtag ein Gesetz beschlossen, das Gemeinden verpflichtete, für den Aufbau eines Gemeindegesundheitsdienstes zu sorgen. Durch unattraktive Bedingungen ging dieses Konzept nicht auf. Die Folge: Aufgrund von Pensionierungen bei den Distriktsärztinnen und -ärzten – rund 150, nur halb so viele wie vor 2003, sind noch im Einsatz – verschärft sich das Problem von Jahr zu Jahr, da kaum jemand deren Aufgaben zu übernehmen bereit ist.

In Folge eines KPÖ-Antrags vom 30.9.2011 setzte der Landtag einen Unterausschuss ein, der noch keine Lösung vorlegen konnte. Unter dem Titel „Kollaps des Gemeindegesundheitsdienstes“ brachte die KPÖ daraufhin eine Anfrage an Landesrätin Edlinger-Ploder ein. Darin sagte die Landesrätin im Wesentlichen, dass sie die Fragen nicht beantworten könne – wörtlich: „Die derzeitigen Kosten für die Gemeinden können nicht abgeschätzt werden. Ebenso wenig die Kosten für einen flächendeckende Versorgung vor Festlegung einer Versorgungsstruktur. Auch die Frage, ob schon jetzt höhere Tarife gezahlt werden, kann nur von den Gemeinden bzw. der Ärzteschaft beantwortet werden.“

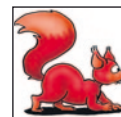
Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag: „Nachdem der eingeschlagene Weg in eine Sackgasse geführt hat, muss endlich die Notbremse gezogen

werden. Am zielführendsten wäre es, das Distriktsärztemodell wieder herzustellen. Jedenfalls muss eine Lösung gefunden werden, die die GemeindeärztInnen rechtlich absichert und eine faire Entlohnung gewährleistet.“

Die Kosten auf die Gemeinde abzuwälzen werde das Problem jedenfalls nicht lösen, so Klimt-Weithaler. „Aus Kostengründen wurde ein gut funktionierendes Modell abgeschafft, ohne eine funktionierende Alternative zu entwickeln.“

### Höhere Steuern einziges Rezept von SPÖ und ÖVP

Anstatt den ungerechten und unsozialen Pflegeregress in der Steiermark abzuschaffen machen SPÖ und ÖVP untaugliche Lösungsvorschläge: VP-Klubobmann Drexler will die Mehrwertsteuer auf 21 % zu erhöhen, die SPÖ eine Pflegeversicherung. KPÖ-LAbg. Werner Murgg sagte dazu. „Es ist eigenartig, dass die selbst ernannten Reformpartner das Problem dem Bund zuschieben, obwohl die Steiermark das einzige Bundesland ist, wo es den Regress gibt. Die SPÖ will eine Pflegeversicherung, die ÖVP eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Eine Erhöhung der Massensteuern ist offenbar die einzige Antwort, die SPÖ und ÖVP auf die von ihnen selbst verursachten Probleme einfällt“, so Murgg.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877

5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



# Gemeinden: Nein zu Zwangsfusionen und höheren Bezügen!

## Abänderungsantrag der KPÖ zur Erhöhung von Polit-Gehältern

Im Rahmen der Landtagssitzung am 2. Juli ging KPÖ-LAbg. Werner Murgg auf die in Aussicht gestellten Zwangsfusionen von Gemeinden ein. Die Gemeindeinitiative von über 100 steirischen Gemeinden erzwang eine Behandlung ihrer Anliegen im Landesparlament.

Murgg zitierte aus einem Kommentar des ehemaligen Salzburger Landeshauptmannes Schausberger, in dem dieser eindrucksvoll darstellt, wie unter dem Vorwand vermeintlicher ökonomischer Notwendigkeiten Demokratieabbau betrieben wird. „Worum geht es bei dieser Gegenreform wirklich? Um den Abbau von Mitbestimmung der Bevölkerung, um die Schließung von Schulen, Kindergärten und Freizeiteinrichtungen. Und das alles soll mit einem finanziellen Anreiz für die Bürgermeister verstofft werden“, so Murgg.

Die heute zur Beschlussfassung vorliegende Erhöhung der Bezüge der Gemeindefunktionsfunktionäre lehnt die KPÖ ab. In einem Abänderungsantrag bringt die KPÖ mehrere Vorschläge ein:

- Keine Erhöhung der Bezüge in Gemeinden über 5000 EW.
  - Eine maßvolle Erhöhung der Bezüge in Gemeinden bis 5000 EW.
  - Eine Unvereinbarkeitsregelung (Berufsverbot) in Gemeinden über 10.000 EW – Gemeinden dieser Größe können nicht mehr als „Nebenjob“ registriert werden.
  - Keine jährlichen Anpassungen ohne Landtagsbeschluss
- KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Ein Berufsverbot für Bürgermeister von großen Gemeinden ist dringend geboten und verhindert auch die Kumulierung von bezahlten Ämtern. Da die

Bürgermeister auch in kleinen Gemeinden für das Budget haften, ist eine Erhöhung vertretbar. In Gemeinden mit über 5000 Bürgerinnen und Bürgern sind die Bezüge aber auch derzeit ausreichend, eine Erhöhung unverständlich.“

Besonders skandalös ist die Verdoppelung der Gagen der Klubobleute im Grazer Gemeinderat, gegen die sich die KPÖ auch in Graz vehement ausgesprochen hat. Deren Bezüge werden verdoppelt, sogar rückwirkend ab 1. Juli.

## Stanz und Bad Gams: Ohrfeigen für „Reformpartner“

Jeweils 75 % Prozent stimmen im weststeirischen Bad Gams sowie in der Mürztaler Gemeinde Stanz gegen die von LH Voves und seinem Stellvertreter Schützenhöfer verordnete Fusion mit Nachbargemeinden. Eine deutliche Abfuhr holte sich die SPÖ auch mit ihrer manipulativen Zusatzfrage in Bad Gams, ob die Bevölkerung lieber weniger Leistungen oder höhere Abgaben wolle.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg

gratulierte den erfolgreichen Bürgerinitiativen in beiden Orten, die sich gegen Propaganda und Manipulationsversuche deutlich durchgesetzt haben. „Wo sich die Menschen auf die Füße stellen und sich nicht alles gefallen lassen, stößt die selbstherrliche Politik von SPÖ und ÖVP auf Grenzen. Die bisherigen Abstimmungen zeigen, dass die Landesfürsten die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben“, so Murgg.

## Amtszeit von Rechnungshofdirektor Andrieu endete

Nach 12 Jahren nahm Landesrechnungshofdirektor Andrieu Abschied. Seine Nachfolgerin Margit Kraker wurde in der Landtagssitzung am 2. Juli – nach einem aus Sicht von KPÖ-LAbg. Murgg unnötigen Auswahlverfahren – in diese Funktion gewählt.

LAbg. Murgg bedankte sich anlässlich der letzten Sitzung des Kontrollausschusses mit dessen Beteiligung beim scheidenden Direktor für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und wies auf Andrieus Verdienste für das Land Steiermark hin. Mehrere Untersuchungs-

schüsse fielen in die Amtszeit von Johannes Andrieu. Dessen Nachfolgerin, Margit Kraker, wünscht Murgg alles Gute in diesem wichtigen Amt. „Ich wünsche mir, dass der Landtag jene Empfehlung ernst nimmt, die Direktor Andrieu zum Abschied ausgesprochen hat: dass auch Gemeinden unter 10.000 Einwohner vom Rechnungshof geprüft werden dürfen. Das wäre ein wesentlicher Schritt zu besserer Kontrolle. Eine solche Regelung hätte in der Vergangenheit einige Probleme offengelegt, solange sie noch ohne großen Schaden lösbar gewesen wären“, so Murgg.

## Privatisierung der Müllentsorgung bringt Kostensteigerung

Die Abfallwirtschaft wittert beim steirischen Hausmüll ein gutes Geschäft. Privatunternehmen versuchen die Rosinen aus dem Abfallkuchen herauszupicken, den Gemeinden verblieben dadurch die Kosten für die Entsorgung kommerziell nicht verwertbaren Abfall. Es ist wenig verwunderlich, dass die Wirtschaftskammer immer wieder Druck macht, auch die so genannte Andienungspflicht aufzuheben – auch mit der irreführenden Behauptung, die Abfallentsorgung würde durch eine totale Privatisierung billiger.

„Tatsächlich würde eine

Privatisierung unterm Strich teurer für die Bevölkerung, da die Gemeinden dann höhere Kosten zu tragen haben und die Einnahmen entfallen. Der öffentlichen Hand bleiben die Kosten, den Privaten die Gewinne. Das ist das Geschäftsmodell der privaten Abfallwirtschaft“, so KPÖ-LAbg. Werner Murgg. Würde man dem Begehren der privaten Entsorger nachgeben und könnten der lukrative Teil des Siedlungsabfalls von Privaten getrennt und verwertet werden, käme es zu einer enormen Steigerung der Müllgebühren besonders für private Haushalte.

## KPÖ zur Neuverhandlung der Hundeabgabe: Bisher keine Verbesserungen, nur Kosmetik

### LAbg. Murgg: „Abgabe ist unsozial und realitätsfern“

Zu Jahresbeginn haben SPÖ, ZÖVP, FPÖ und Grüne eine exorbitante Erhöhung der Hundesteuer beschlossen – in vielen steirischen Gemeinden von unter 20 Euro auf mindestens 60 Euro. Auch ein „Hundekundenachweis“ wurde verpflichtend eingeführt, ohne den gleich 120 Euro an Abgaben zu

bezahlen sind. Aufgrund der Proteste aus der Bevölkerung ruderten zuerst FPÖ und Grüne, dann auch SPÖ und ÖVP zurück und wollten im Landtag eine Neuregelung beschließen. Diese lag am 25. Juni dem zuständigen Ausschuss vor, fällt aber enttäuschend aus. Keine der drastischen Verteuerungen

wird zurückgenommen, lediglich einige Details wurden korrigiert. Nun wurde der Entwurf zur neuerlichen Behandlung in einen Unterausschuss verschoben, der noch einmal darüber beraten soll. Termin steht noch keiner fest.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Im vorliegenden Entwurf wur-

de keine der Hauptforderungen – Ausnahmeregelungen beim Hundeführerschein und Reduzierung der Gebühren – erfüllt. Die Hundeabgabe bleibt auch nach der Neuregelung unsozial und realitätsfern. Es ist zu hoffen, dass im Unterausschuss noch Änderungen vorgenommen werden.“

# Fragestunde: KPÖ thematisierte Spielsucht und Krankentransporte

*In der Fragestunde des Steiermärkischen Landtags am 2. Juli thematisierte KPÖ-LAbg. Werner Murgg den vertragslosen Zustand, der steirische Patientinnen und Patienten seit 1. Juli zwingt, Krankentransporte aus eigener Tasche zu bezahlen. Die Ausgaben können später abzüglich eines Selbstbehaltes von der GKK zurückgefordert werden. Besonders für Menschen mit geringem Einkommen ergibt sich daraus eine erhebliche Belastung.*

LH Voves wies in seiner Antwort darauf hin, dass zwei Drittel des GKK-Vorstandes der SPÖ zuzurechnen sind. Gleichzeitig betonte er, dass der

Standpunkt des GKK-Vorstandes rechtlich nicht haltbar sei. KPÖ-LAbg. Murgg: „Wenn der Landeshauptmann der Überzeugung ist, dass sich der SPÖ-dominierte GKK-Vorstand auf einem Irrweg befindet, ist zu hoffen, dass er seinen Einfluss geltend machen kann, damit dieser für Patientinnen und Patienten untragbare Zustand so schnell wie möglich beendet wird.“

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler wollte von LH Voves wissen, wie er vor dem Hintergrund erschreckender Fakten über die Auswirkungen der Spielsucht zum SPÖ-Parteitagsbeschluss stehe, aus dem „Kleinen Glücksspiel“ in der Steiermark auszusteigen.

LV Voves betonte in seiner Anfragebeantwortung, dass ihm die Problematik der Spielsucht bekannt sei und dass der Unterausschuss – der allerdings erst einmal getagt hat – eine inhaltliche Diskussion zu führen habe. Ganz im Sinne des unlängst bekannt gewordenen Argumentationsleitfadens des

ehemaligen SPÖ-Politikers und nunmehrigen Novomatic-Aufsichtsrats Alfred Gusenbauer deutet der Landeshauptmann an, dass eine mögliche Lizenzvergabe an Glücksspielkonzerne von Seiten der Landesregierung mit der Flucht in illegale Angebote begründet werden könnte.

## Erhöhung der Wohnbeihilfe muss warten

SPÖ und ÖVP haben einen Antrag der KPÖ betreffend Erhöhung der Wohnbeihilfe auf die lange Bank geschoben. KPÖ-LAbg. Werner Murgg übte heftige Kritik an dieser neuerlichen Verschleppung eines wichtigen sozialen Anliegens: „Die Wohnbeihilfe des Landes wurde seit

Jahren nicht mehr der Preisentwicklung angepasst. Das führt dazu, dass immer mehr einkommensschwache Familien überhaupt keine Wohnbeihilfe mehr bekommen.“ Die KPÖ wird im Landtag für eine rasche Umsetzung dieser Forderung kämpfen.

## Kultureller Kahlschlag beim ORF Steiermark?

Nach den ständigen Kürzungen im Kulturbudget durch die SPÖ-ÖVP-„Reformpartner“ zieht sich nun auch der ORF von seinem kulturpolitischen Auftrag zurück. Die Steiermark droht mit dem musikprotokoll eines der renommiertesten Festivals für zeitgenössische Musik zu verlieren. Fixpunkte wie der Bachmann-Preis und andere populäre Veranstaltungen sollen dem Sparstift zum Opfer fallen. Gleichzeitig wird immer weniger eigenständiges österreichisches Fernsehpro-

gramm produziert. „Die Steirerinnen und Steirer zahlen österreichweit den höchsten ORF-Beitrag. Dies ist angesichts dieser Kürzungen nicht mehr zu rechtfertigen. Der ORF hat bisher einen bedeutenden kulturellen Auftrag erfüllt, das wird in Zukunft wohl nicht mehr möglich sein. Die ORF-Gebühr verkommt damit zur reinen Budgetmaßnahme, die nicht zu rechtfertigen ist“, kritisiert KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler die Ankündigungen des ORF.



Unterschriften gegen den Pflegeregress

# Weg mit dem Regress!

## Petition an den Steiermärkischen Landtag:

Der Landtag wird aufgefordert, die 2011 eingeführte Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung abzuschaffen.

Name	Adresse	Geb-Datum	Unterschrift